

Antrag

der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Eine gemeinsame Offensive der Industrienationen mit den Schwellenländern für die Entwicklungsländer initiieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Fokus der Weltöffentlichkeit liegt mehr denn je auf den entwicklungspolitischen Herausforderungen, denen sich auch Deutschland stellen muss. Die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen haben dies auf den G8-Gipfeln in Gleneagles und in Heiligendamm zu einem der Schwerpunkte ihrer Beratungen gemacht, und auch die zivilgesellschaftlichen Akteure drängen darauf, dass mehr für die weltweite Entwicklung getan wird. Zur Halbzeit der Umsetzung der Millennium Development Goals (MDGs) zeigt sich aber bereits, dass die Entwicklungsziele bis 2015 in den wenigsten Ländern erreicht werden. Dabei beschränkt sich die gegenwärtige internationale Diskussion auf die Frage der Höhe der Finanzmittel. Eine offene, breiter angelegte internationale Debatte über bestehende Erfolge in der Entwicklungszusammenarbeit ist erforderlich, will man die gemeinsam vereinbarten Ziele erreichen.

Weite Teile der Erde sind immer noch gezeichnet von extremer Armut, bewaffneten Konflikten und Bürgerkriegen, Staatskrisen und Korruption, Millionen HIV/Aids-Infizierten und Millionen von Aids-Waisen, einer mangelhaften Gesundheitsversorgung und einer sinkenden Lebenserwartung. In vielen Staaten hat die formale Implementierung demokratischer staatlicher Strukturen weder bestehende autokratische Herrschaftspraktiken beseitigt noch konnte eine demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung in der Gesellschaft verankert werden.

Die entwicklungspolitische Bilanz zahlreicher Länder, die noch immer in Armut und Hoffnungslosigkeit verharren, ruft nach einem kritischen Vergleich mit der Entwicklung der sogenannten Schwellenländer. Weshalb haben die geschafft,

was andere Länder bei gleicher Ausgangslage nicht erreicht haben? Können die heutigen Entwicklungsländer von den Erfahrungen dieser erfolgreichen Vorreiter lernen? Und sind diese nicht in der Pflicht, jenen Ländern die gleiche Unterstützung zu gewähren, die sie so erfolgreich zu ihrer eigenen Entwicklung nutzen konnten? Länder wie Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko und die asiatischen „Tigerstaaten“ wie Südkorea und Singapur haben gezeigt, dass sich Entwicklungsländer zu industrialisierten Schwellenländern und dann zu Industrieländern entwickeln können. China, Indien, Malaysia, Südafrika und die Türkei sind auf dem besten Wege, ebenfalls den Sprung zu vollziehen.

Diese Länder haben mit Hilfe der internationalen Gebergemeinschaft die Entwicklung vollzogen, die diese durch ihre Entwicklungshilfe auch in den verbliebenen Entwicklungsländern vorantreiben will. Die Erfahrungen, die die Schwellenländer in diesem Transformationsprozess gemacht haben, sind daher für die internationale Entwicklungszusammenarbeit von unschätzbbarer Bedeutung. Dazu kommt, dass die ehemaligen Entwicklungsländer heute selbst über Ressourcen verfügen, die sie in die Entwicklung der ärmsten Länder dieser Welt investieren wollen.

Zu Recht erkennt die deutsche Entwicklungspolitik den Schwellenländern eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung ihrer jeweiligen Regionen zu. Anstatt diesen Ländern im Rahmen des Ankerländerkonzeptes trotz deren massiv gewachsener Wirtschaftskraft noch immer Finanzhilfen zu gewähren, sollte die deutsche Entwicklungspolitik sie als Partner bei der Entwicklung der noch immer bedürftigen Länder gewinnen. Damit können die jeweiligen Stärken effektiver gebündelt werden, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen.

Einige der potentiellen Partner haben sich hierzu schon bereit erklärt. Indien beispielsweise hat mit Hilfe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit Mikrofinanzierungsprojekte im eigenen Land erfolgreich umgesetzt und hierbei insbesondere auch Bewässerungsprojekte erfolgreicher vorangebracht, als dies bei der klassischen Entwicklungszusammenarbeit möglich wäre. Es ist bereit, mit Hilfe der staatlichen NABARD-Bank (National Bank for Agriculture and Rural Development) ähnliche Programme auch in anderen Regionen, etwa in Afrika, umzusetzen. China wendet allein zur Unterstützung afrikanischer Länder mehr als 10 Mrd. US-Dollar auf. Dieses begrüßenswerte Engagement muss in eine Entwicklungsoffensive aller Geber eingebunden werden.

Die Geberkoordinierung darf nicht auf die G8-Staaten beschränkt bleiben. Insgesamt müssen sich die internationalen Geber besser koordinieren und von den gegenseitigen Erfahrungen profitieren. Israel beispielsweise hat bei der ländlichen Entwicklung seines Landes unschätzbare Erfahrungen bei der Umwandlung von unfruchtbaren Böden in Ackerland erworben und diese bereits in vielfältigen Projekten beispielsweise in Afrika im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit eingebracht. Es wäre ein großer Nutzen, wenn diese Erfahrungen, die die israelische Entwicklungszusammenarbeit aufgrund beschränkter finanzieller Ressourcen nur begrenzt umsetzen kann, beispielsweise in den ländlichen Regionen Afrikas im Rahmen gemeinsamer Projekte mit finanzstärkeren Partnern wie Deutschland in größerem Rahmen als bisher eingebracht werden könnten. Andere Länder wie die Schweiz, Norwegen oder die Türkei haben jeweils eigene entwicklungspolitische Erfolge erzielt und Kompetenzen erworben, die sie in die internationale Entwicklungsoffensive gemeinsam mit den Schwellenländern einbringen könnten. Der Effekt der eingesetzten Mittel wäre durch die Synergieeffekte um ein Vielfaches größer.

Der auf dem G8-Gipfel angestoßene Prozess der Einbeziehung der aufstrebenden Schwellenländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika in eine „neue Partnerschaft“ zur Lösung globaler Probleme geht daher in die richtige Richtung. Der vorgeschlagene „neue, strukturierte, themenbezogene Dialog“ geht aber nicht weit genug. Nötig ist, eine gemeinsame Entwicklungsoffensive

zu initiieren. Wir brauchen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der entwickelten Industrieländer untereinander und mit den Schwellenländern, da die Geber gemeinsam stärker und die erzielbaren Entwicklungen nachhaltiger sind. Die Bundesregierung muss die Schwellenländer an ihre wachsende Verantwortung erinnern. Nachdem sie selbst in ihrer Entwicklung vorangekommen sind, müssen sie ihrerseits zu der gemeinsamen entwicklungspolitischen Verantwortung gegenüber den noch bedürftigen Ländern stehen. Hieraus können und sollen gemeinsame Entwicklungsvorhaben in den noch immer Not leidenden Ländern dieser Erde vereinbart werden. Darüber hinaus können Fragen von Good Governance von allen Gebern gemeinsam erörtert und effektiver umgesetzt werden. Auf dieser neuen Grundlage können und werden sich Partnerschaften entwickeln, die nachhaltig nicht nur Wohlstand und soziale Sicherheit, sondern auch Frieden und Solidarität unter den Ländern der Welt fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. ein Konzept vorzulegen, wie die Erfahrungen der Schwellenländer und anderer bisher isoliert arbeitender Geber in die Entwicklungsarbeit eingebracht werden können,
2. dieses Konzept sodann in die auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm vereinbarte neue Partnerschaft einzubringen und zu einer gemeinsamen Entwicklungsoffensive weiterzuentwickeln und
3. die bisherige Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern zu einer partnerschaftlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit weiterzuentwickeln,
4. sich auch auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass ein gemeinsamer Dialog mit den Schwellenländern stattfindet und entsprechende Erkenntnisse entwicklungspolitisch umgesetzt werden,
5. zur Halbzeit der Umsetzung der Millennium Development Goals in der UNO darauf zu drängen, über entwicklungspolitische Erfolge in den Schwellenländern zu sprechen und dass deren Transformationserfahrungen gewinnbringend für die Entwicklungsländer umgesetzt werden.

Berlin, den 3. Juli 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

